

darüber forderte, ob nicht aus dem Rathaus auf die Polizei geschossen worden sei.

Genosse Stadtrat Weber begründete den sozialdemokratischen Antrag und erklärte:

Selbst in der Zeit des schwärzesten Absolutismus sei es nicht vorgekommen, daß ein Kommandant den Befehl gegeben habe, blindwütig in die Menge mit abgeplatteten Geschossen zu feuern. Das besonders Tragische ist, daß diese Ereignisse in einem demokratischen Staat möglich gewesen sind. Der Untersuchungsausschuß müsse feststellen, ob die Protestkundgebung, die aus dem edlen Rechtsgefühl des Volkes entstanden war, in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ferner müsse der Ausschuß feststellen, ob es notwendig war, die Polizei mit solchen Geschossen auszurüsten, und ob sie, nachdem schon die erste Salve so unheilvoll gewirkt hatte, noch weitere Salven abgeben mußte. Nachdem die Straßen bereits von Menschen geräumt waren, wurde immer wieder auf Menschen geschossen. Genosse Weber hob andererseits hervor, daß man selbstverständlich nicht vergessen dürfe, daß unter den Polizisten auch anständige Menschen sind.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß ein großer Teil der Wiener Polizeibeamten sozialdemokratisch und freigeistlich organisiert ist.

Der christlichsozialen Stadtrat Kummelhardt erging sich in gebissenen Angriffen auf die städtischen Anstellungen, die er sogar beschuldigte, an der Brandlegung des Justizpalastes teilgenommen zu haben. Bürgermeister Genosse Seitz, der den Vorstoß führte, wies diesen Angriff in seiner Eigenschaft als Chef der städtischen Verwaltung sofort zurück. Der christlichsoziale Führer Kunkel verlangte die Auflösung der Gemeindeführerliste. Stadtrat Genosse Karl Richter brachte ein Beschlagnahmegericht der Magistratsdirektion zur Kenntnis, wonach die Errichtung der Gemeindeführerliste weder der Bundes-, noch der Landes-, noch der Gemeindeverwaltung und auch nicht dem Friedensvertrag widerspreche. Bürgermeister Genosse Seitz stellte fest, daß die Gemeindeführerliste nicht mit Gewehren versehen sei.

Nach weiterer Debatte wurde ein sozialdemokratischer Antrag, dem Bürgermeister Seitz Dank und Vertrauen auszusprechen und sein Verhalten während der Katastrophe und danach zu billigen, mit großer Mehrheit angenommen. Mit ebenso großer Mehrheit wurde die Einsetzung des Untersuchungsausschusses beschlossen. Der christlichsoziale Antrag auf Auflösung der Gemeindeführerliste und auf Untersuchung darüber, ob aus dem Rathaus geschossen worden sei, wurde abgelehnt. Selbstverständlich wird der Untersuchungsausschuß seine Arbeiten auch auf diese Behauptung ausdehnen. Mit dieser Abstimmung war die viertägige Sitzung, die übrigens ruhig verlief, beendet. Die Debatte mußte den Eindruck, daß die Christlichsozialen sich von einer weiteren antiautoritären Ausnutzung der herrschenden Vorgänge keinen besonderen parteipolitischen Vorteil versprechen.

„Berichterstatter“

„Nach Wien sind“ so lesen wir in der Wiener Arbeiterzeitung. In diesen Tagen auch „Berichterstatter“ der Berliner Tagespresse gekommen, also der monarchistischen und rechtsrepublikanischen Zeitungen in Berlin, die jeden Fremden verdächtig und jeden Arbeiter beschuldigen. In Berlin kennt man diese Schandstücke; in Wien ist die Aufmerksamkeit auf sie erst durch ihre „Berichte“ über die Wintzow gelenkt worden. Das für Wien sind diese Berichterstatter und Sonderberichterstatter sind, soll nun durch ein paar Beispiele dargestellt werden.

Die Berechtigtheit

Die deutsche Justiz glaubt, ohne den Meineidparagrafen nicht auskommen zu können. Deswegen müssen hunderte in die Gefängnisse und Justizhäuser wandern, die das Unglück gehabt haben, als Zeugen vor Gericht unter Eid vernommen zu werden und die sich über Bedeutung und Inhalt ihrer Aussage nicht im klaren waren. Es ist immer Trost, wenn man ein Unglück, wenn man vor Gericht unter Eid als Zeuge vernommen wird. Nicht jeder Zeuge ist Jurist, und nicht jeder ist psychologisch geknallt genug, um eine juristisch stichhaltige Antwort auf die Bilanzfrage geben zu können: Was ist Wahrheit?

Der Eid als Beweismittel, als Mittel, um Zeugen zur Aussage der Wahrheit zu bringen, ist im Grunde genommen eine Spekulation auf die Harmlosigkeit, auf die juristische Unwissenheit des Publikums. Wer die Folterstrafe einer eideschwurigen Aussage kennt und die Gefahren, die sich aus Irrtum, aus falscher Wahl des Ausdrucks ergeben können, mit dem kann ein Richter als Zeuge nicht viel anfangen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Aussagen von Juristen vor Gericht in der Mehrzahl der Fälle fast völlig wertlos sind, eben weil sie vorsichtiger sind als die Laien und ihre Aussagen so einschränken, daß sie keine Beweiskraft mehr haben.

Das ist ein seltsamer Zustand! Wenn Juristen unter Eid vernommen werden, so verliert der Eid seine Bedeutung als Beweismittel durch die juristische Vorsichtlichkeit. Wenn Laien unter Eid vernommen werden, so ergibt Unvorsichtigkeit in der Aussage von Erinnerung und Kombination von Tatsachen und Wortlaut die Gefahr einer Meineidsanklage. Wenn aber erst das Massenpublikum durch die Meineidsanklage geängstigt wird, dann wird man am Ende überhaupt nicht mehr Bestimmtes ausfragen aus Furcht vor der Meineidsjustiz.

So bleibt dann der Eid als Beweismittel? Wie die Dinge liegen, wird er entwertet nicht etwa dadurch, daß man seine Bedeutung bei dem Laien verkennt, sondern durch die Meineidsjustiz.

Wie viele Meineide oder fahrlässige Falschreden werden in Deutschland geschworen? Ohne Übertreibung kann man sagen: in jedem großen Prozeß, in dem mehrere Zeugen unter Eid vernommen werden, kommt mindestens ein fahrlässiger Falschred vor. Wie viele davon werden verfolgt? Nur ein kleiner Teil. Soll man annehmen, daß in dieser Kategorie eine Willkür und Schwächung des Meineidparagrafen liegt? Nein, im Gegenteil. Diese Tatsache zeigt nur, daß der Meineidparagraf verächtlich wird durch die Willkür oder den Zufall, der ein Meineidverfahren in Gang bringt.

Beispiel: Der Prozeß gegen den Oberstaatsanwalt Frieders in Weimar wegen Meineids ging zurück auf einen Verleumdungsprozeß. In diesem Verleumdungsprozeß wurde unter Eid vernommen, daß Frieders ein Verleumdungsprozeß gegen den Oberstaatsanwalt Frieders selbst wiederholt. Darüber gleitet die Strafverfolgungsbehörde leicht hinweg, und sie ist

So hat der Lokalanzeiger aus Wien am Montag folgende Depesche seines mit dem Flugzeug nach Wien entfalteten Sonderberichterstatters“ gebracht:

F. L. Wien, 18. Juli (telephonisch aus Kufstein). Nachträglich werden über die grausamen Ereignisse bei dem Überfall auf die Polizeiwache in der Dichtensfeldgasse folgende Einzelheiten bekannt:

Die etwa 15 Mann starke Polizeiwache in der Dichtensfeldgasse, nahe dem Justizpalast, wurde in der Nacht von dem zahlreich überlegenen Räuber überfallen, vollkommenen nach: ausgezogen und im Räume eingesperrt. Die Uniformen wurden vor der Nacht auf den Paternoster gehängt und dann das Haus angezündet. Alle Polizisten verbrannten bei lebendigem Leibe.

Der Schuft, der diese Missetaten erfunden und telegraphiert hat, heißt Fritz Bude; seinen Namen erfuhren wir aus einem zweiten der kugelhagelnden Mitteilungen (Berliner Nachrichten), in dem er sich mit Namen vorstellte, dieselbe „Nebung“ vorbringt und weiter folgende Missetaten anlagert:

F. L. Wien, 18. Juli. Der Putz war, wie jetzt klar erwiesen ist, lange vorbereitet. Man wartete nur auf den Anstoß zur Ausführung. Zwei Pläne lagen ausgearbeitet im Bureau des republikanischen Subbundes. Der erste sah, neben der Besetzung des Parlaments, der Universität und der umliegenden Gebäude, die vollständige Übernahme der Regierung vor. Wenn dieser Plan mißlingen sollte, war ein Ersatzplan aufgestellt, der lediglich die Besetzung des Justizpalastes, die Vernichtung der drei bürgerlichen Zeitungen Reichspost, Deutschösterreichische Tageszeitung und Wiener Neuzeit Nachrichten und den Generalstreik plante. Der erste Hauptplan mißlang infolge der labilen Haltung der Polizei vollständig und so mußte automatisch der zweite Plan ausgeführt werden. Außerdem haben die politischen Führer mit denen des republikanischen Subbundes im Parlament, am rechtzeitig die Früchte des Putzes zu ernten.

Für wie trübselig müssen diese Blätter die doch sonst so hellen Berliner halten, daß sie es wagen, ihnen derlei Missetaten, die doch auch hundertmal schlimmer sind, zu verbieten. Wer das aber nicht der Schutzei gar nicht, die dergleichen erfindet und ins Ausland weiterträgt. So einen Lumpen wie diesen Herrn Bude, der sich auf unser Unglück wie ein echter Raubtier stürzt, würde man in jeder andern Stadt ungenügend zur freundlichen Abreise einladen; Herr Bode wird unter Verleumdern vielleicht noch Interniert werden.

Nun hat der Lokalanzeiger einen neuen Sonderberichterstatter nach Wien herbeigeholt, einen Herrn Hans W. Feil, der seine Tätigkeiten (am Dienstag) mit folgender „Beschreibung“ einleitet:

„Einem schmerzverwundeten Polizeioffizier stachen die Krallen die Augen aus schon halbentbluteten Beamten trampelten sie die Gedärme aus den Leibern.“

Wer wir müssen doch auch fragen, wie der Herr über Wien denkt. Schon am Tage seiner Ankunft hat er es erkannt:

Wir Reichsdeutschen wollen es uns immer wieder ins Herz schreiben: Wien, diese aufgeschlachte Menschenankunft von zwei Millionen in einem Staate von sechs Millionen Einwohnern, ist nicht Deutschösterreich. Die plündernden, brennenden Hände, die heute durch das glatte Gesicht der Zahl das deutsche Kleinstadl an der Donau beherrschen, dieser Abzug des bunten Massenmischels aus dem alten Reiche, hat als trüber Boden für alle Völker zwischen Adria und russischer Steppe mit dem biedersten deutschen Bauernvolk des österreichischen Alpenlandes nichts gemein wie die Sprache.

Wie man sieht: ein angenehmer Berliner Zeitungsredakteur, der schon schon fast angezogen, wenn sich derlei Sonderberichterstatter, die belächeln, um Wien zu verhöhnern und zu verkleinern, sich veröffentlichen wollten.“

Mit dieser artigen Andeutung wird die Wiener Arbeiterzeitung wenig erreicht. Die Wunde müssen erheblich deutlicher werden. Sie aber nicht, wie dieß Herr Dugensberg und seine Zitierten sind!

Streifbrücker einen Monat Gefängnis. Für republikanische Richter vom Schlage des Amtsgerichts Horn in Gera ergibt sich daraus eine Rangordnung der Werte: die Republik ist gar nichts wert — vielmehr gut der nationalistische Streich — der höchste und bestmögliche Arbeiter aber ist der Streifbrücker, der Gelbe, der für jeden Arbeiter das verächtlichste Geschick auf Gottes Erdboden ist. Solche Justiz verlangt dann — Vertrauen! Ein schlechter Richter kann mehr verdienen als 100 000 hochgehende und gerechte Richter gutmachen können! Die deutschen Richter sind gewiß nicht alle Republikhasser, die rechtsstehenden politischen Richter aber sind es, die der Justiz das Ansehen rauben und ihr das verhaßte Gesicht in der Öffentlichkeit geben.

Deutsche Kämpfen

D. In der Standarte vom 24. Juli 1927, dem in Magdeburg erscheinenden Organ des radikalen Stahlhelmflügels, ist folgende Briefkastennote zu lesen:

„Sie hätten den preussischen Innenminister Grafenfinck nicht als ausgewanderten Offizier oder Soldaten beschimpfen. Er ist nach unseren Ermittlungen ein Sohn der unerschütterlichen Tochter des Kadettenoberst Ebert in Treptow a. Tollenfer, die damals bei dem Kaufmann Ehn in Stellung war. Erst mehrere Jahre später hat seine Mutter den Schmittler geheiratet. Es dürfte danach anzunehmen sein, daß der jetzige preussische Innenminister kein polnisches Blut in den Adern hat.“

„Und Absicht dieser in das Gewand einer harmlosen Auskunft gekleideten Verleumdung ist jedem, der die Einstellung der Verleumdung der Standarte kennt, ohne weiteres ersichtlich. Um den politischen Gegner zu treffen und zu beschmutzen, unterstreicht man nach sorgfältig angefertigten Ermittlungen die uneheliche Geburt des Genossen Grafenfinck, die ja in diesen Kreisen als schwerer Makel empfunden wird. Man hofft so, in der Öffentlichkeit den Gegner zu erwidern. Diese erste Kampfesweise richtet sich für jeden Menschen, der Gefühl für Sauerkeit hat, von selbst. Grafenfinck hat vor mehr denn Jahresfrist, solche Angriffe voraussehend, seiner im Mai 1926 verstorbenen und in Spandau beerdigten Mutter auf den Grabstein folgende Inschrift setzen lassen:

„Hier ruht nach einem arbeitsreichen Leben meine liebe Mutter Vera Ehn, geb. Ebert, veru. Grafenfinck. Berlin, am 21. Mai 1926.“

„Grafenfinck, Polizeipräsident von Berlin. Mit voller Absicht hat er, der Sohn einer proletarischen, sich dadurch mit Stolz zu seiner Herkunft bekennen wollen. Dem reaktionären Stahlhelmflügel bleibt es überlassen, daraus Waffen zur Bekämpfung des politischen Gegners zu machen. (Fui Teufel!)“

Linksmehrheit in Island

R. Kopenhagen, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Ergebnis der Wahlen zum isländischen Althing liegt nunmehr vor. Die konservativen haben 8 Mandate verloren, die Liberalen 2, während die Fortschrittspartei 2 und die Sozialdemokratie 3 Mandate gewonnen haben. Mit diesen Veränderungen ist die bisherige konservative Mehrheit des Parlaments verlorengegangen, indem 18 Konservativen, 17 Fortschrittsparteiler, 5 Sozialdemokraten und 1 Liberaler sowie 1 Arbeiter gegenüberstehen. Damit ist auch die Basis für eine Linksregierung gegeben.

Die Sozialdemokraten und Fortschrittler hatten für die Wahl ein Kampfbündnis geschlossen. Aber auch über die tatsächliche Wahlnahme hinaus stehen sich Fortschrittler und Sozialdemokraten in den aktuellen innerpolitischen Fragen sehr nahe. Der Wahlkampf wurde hauptsächlich um die Genossenschaftsgesetzgebung geführt. Die Anhänger der Fortschrittspartei, die Kleinbauern und selbständigen Anterfischer des Landes, haben seit einigen Jahren eine eifrige genossenschaftliche Tätigkeit — zum Teil inspiriert durch das dänische Genossenschaftswesen — entfaltet, ebenso erzielten die Arbeiter in den Städten Konsumgenossenschaften. Dieser wirtschaftlichen Selbsthilfe setzte die konservative Regierung, die das Kaufmannskapital und die Großindustrie des Landes repräsentiert, einen auf derartige Genossenschaften schärfenden Widerstand entgegen, mit dem Erfolg, daß Sozialdemokraten und Fortschrittler, Verbraucher-Arbeiter und Kleinbauern sich einander in der Forderung auf freie Bahn für die Genossenschaften und darüber hinaus staatliche Förderung des Genossenschaftswesens sehr nahe kamen.

Zu den politischen Stimmen die Ansichten der Fortschrittler und Sozialdemokraten nicht überein. Seit dem vorigen Jahrhundert hat sich Island immer mehr von Dänemark gelöst, und 1918 wurde Dänemark, um eine gewalttätige Loslösung zu verhindern, Island eine Verfassung gegeben, nach der es ein souveränes Staat ist, den nur der gemeinsame König mit Dänemark verbindet. Vor allem aber sieht diese Verfassung vor, daß der isländische Althing im Jahre 1940 eine völlige Lösung der Verbindung mit Dänemark verlangen kann, wenn sich in ihm eine qualifizierte Mehrheit dafür findet. Die Fortschrittler haben sich nun wiederholt, zuletzt während des Wahlkampfes in einer Wählerversammlung, für die Anwendung dieser Verfassungsbestimmung und die völlige Selbständigkeit des Landes ab 1940 ausgesprochen. Dagegen dürfte die Sozialdemokratie, die dieser Frage bisher ganz ausgeglichen ist, Bedenken haben, einen so loslösenden und außenpolitisch gefährlichen Weg mitzugehen; denn schon jetzt zeigt sich eine immer größer werdende wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes von England, gegen die aber die politische Verbindung mit Dänemark ein gewisses Gegengewicht bildet. Es ist zum mindesten fraglich, ob dieses Land mit seinen 100 000 Einwohnern groß und stark genug für eine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit ist.

Auf jeden Fall wird die Fortschrittspartei nach diesem Wahlausgang die Regierung übernehmen müssen. Es entsteht dann die Frage, ob sie die Sozialdemokratie zur Anteilnahme bei der Regierungsbildung auffordern wird oder ob sie mit parlamentarischer Unterstützung der Sozialisten zu regieren gedenkt. Jedenfalls ist die kleine sozialdemokratische Gruppe in dem neuen Parlament ein wichtiger politischer Faktor.

Freiheit für Nicaragua!

U. New York, 22. Juli. (Eig. Drahtb.) Die panamerikanische Federation of Labour nahm auf ihrem Jahreskongreß in Washington einstimmig eine Resolution an, worin auf sofortige Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Nicaragua gedrängt wird, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihre eigenen Probleme selbständig zu lösen.

Land und Bevölkerung, führt die Resolution fort, haben gewaltige Verluste an Leben, Eigentum und an der Souveränität erlitten, nicht durch die Arbeiterklasse, sondern durch eigene und fremde kapitalistische Ausbeutung. Gleichzeitig nahm der Kongreß eine Resolution an, in der Gouverneur Fuller aus Masachussetts gebeten wird, den beiden Kommunisten Dacco und Bangetti auf dem Grundwege die Freiheit zurückzugeben.